

DOGMATISMUS - UNSER WIRTSCHAFTSPOLITISCHES SCHICKSAL?

1. Gefahren liberaler Dogmatik

1. Die wirtschaftlichen Bestandsaufnahmen und wirtschaftspolitischen Rückblicke, die in der Presse zum letzten Jahreswechsel gegeben wurden, zeichneten sich wie üblich überwiegend durch einen optimistischen Grundton und durch eine fast uneingeschränkt positive Beurteilung der wirtschaftspolitischen Erfolge aus. Dies gilt nicht nur für die Organe der Regierungsparteien (was nicht weiter verwunderlich wäre), sondern auch für den größten Teil jener „neutralen“ Presse, die sich parteiungebunden gibt (und fühlt?), und von der man am ehesten erwarten sollte, daß sie in der Lage sei, ihre Betrachtung unter eine sehr weite und umfassende Perspektive zu stellen. Dies ist auffallend, und wenn es den nüchtern-kritischen Betrachter des Zeitgeschehens auch nicht in Erstaunen setzen sollte, so muß es ihn doch tief betroffen machen. Denn es ist gar nicht ausreichend, eine beträchtliche Produktionsausdehnung und die Möglichkeit weiterer Steigerungen festzustellen, um zu einem positiven Urteil über die bisherige wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftspolitik zu gelangen. Vielmehr zeigt ein solches Urteil eine derartige Kurzsichtigkeit des Blickes und Verengung des Blickfeldes, daß darob ernsthaftige Sorgen für unsere wirtschaftspolitische Zukunft entstehen müssen.

2. Selbst wenn die augenblicklichen Ergebnisse unserer Wirtschaftspolitik so positiv zu beurteilen wären, wie es in jenen Veröffentlichungen geschehen ist, bliebe nämlich immer noch zu fragen, ob nicht die Zukunft für uns Situationen bereit hält, von denen aus unsere bisherige Wirtschaftspolitik in einem ganz anderen Lichte erscheinen muß, nicht so sehr in dem Sinne, daß sie dann möglicherweise nicht mehr anwendbar sein wird, als vor allem in dem Sinne, daß bereits ihre heute vielleicht nebensächlich erscheinenden Versäumnisse uns früher oder später vor unlösbare Aufgaben stellen müssen.

Diese Versäumnisse liegen u. E. vor allem in dem unzureichenden, weil dogmatischen Bilde, das man sich heute in breitester Öffentlichkeit von der wirklichen Wirtschaft und ihren Problemen macht, und in der daraus resultierenden Unfähigkeit, die Frage nach der wirtschaftspolitischen Methode als reine Zweckmäßigsfrage anzusehen. Ein klares Bild von der wirklichen Wirtschaft (und von der Wirkung wirtschaftlicher Maßnahmen in ihr) zu geben und es so zu geben, daß es für die verschiedensten Situationen Gültigkeit hat, ist auch eine wirtschaftspolitische Aufgabe und nicht die geringste. Denn es ist die Voraussetzung dafür, daß sinnvolle Maßnahmen getroffen werden und die Bevölkerung bereit ist, diese Maßnahmen als unumgänglich notwendig anzuerkennen. Daß die schwierigen wirtschaftspolitischen Probleme der letzten Jahre halbwegs gemeistert werden konnten, ohne daß die Menschen einen klaren, unvoreingenommenen Blick für das zeigten, was nicht nur der Augenblick erforderte, besagt nicht, daß dies auch in aller Zukunft so sein wird. Es ist sehr wohl möglich, daß die Zukunft von uns mehr Wirklichkeitssinn erfordert als bisher. Und dieser Wirklichkeitssinn kommt, nicht von ungefähr immer dann, wenn es die Lage erfordert. Er will mühselig errungen sein und gestattet keinerlei dogmatisches Festgelegtsein.

Denn jedes wirtschaftspolitische Dogma verfehlt die Wirklichkeit und macht eine richtige Beantwortung jener Zweckmäßigkeitsfrage unmöglich, weil es von vornherein (ohne genügende Beachtung der Voraussetzungen) bestimmte Möglichkeiten und Wege ausschließt und bestimmte andere für allein gangbar hält. Es liegt im Wesen des Dogmatikers, für sein Dogma die ganze Wahrheit zu beanspruchen, d. h. die Wahrheit ihrer Voraussetzungen zu entkleiden, oder — falls er um diese Voraussetzungen noch weiß — sie doch für selbstverständlich zu nehmen und daher zu vernachlässigen. Er zeigt einen scharfen Blick für alles, was die Wahrheit seines Dogmas zu bestätigen scheint, und ist blind gegen alles, was ihre Unvollständigkeit deutlich macht. So vermag er die Wirklichkeit nur noch verzerrt oder teilweise zu erkennen und vermag ihr auch in seinen Handlungen nicht mehr gerecht zu werden.

3. Die dogmatische Trübung und Verengung des Blickes hat heute nicht nur unsere wirtschaftspolitischen Instanzen ergriffen, sondern auch der westdeutschen Bevölkerung ein einseitiges Bild von den wirtschaftlichen Zusammenhängen und Notwendigkeiten vermittelt, aus dem sich drei Gefahren ergeben:

a) Die Idealisierung der freien Marktwirtschaft und die unzureichende kritische Durchleuchtung jener Wirtschaftspolitik, die aus der nur freien Marktwirtschaft eine soziale machen will, führen zu einer Schwachsichtigkeit gegenüber den Mängeln dieser Wirtschaftsordnung und zu der unzutreffenden Vorstellung, daß man mit einer marktkonformen Wirtschaftspolitik *jede* wirtschaftspolitische Aufgabe und Situation bewältigen kann. Diese Wirkung wird verstärkt durch die Diffamierung aller Maßnahmen, die man irgendwie mit Planwirtschaft, staatlicher Lenkungs- oder Befehlswirtschaft in Zusammenhang bringt und deren mögliche Mängel man zu nicht reduzierbaren Übeln aufzubauschen pflegt. Bei einer solchen Schwarz-Weiß-Malerei erscheinen dann die Mängel der Marktwirtschaft auf dem schwarzen Hintergrunde der „kollektivistischen Befehlswirtschaft“ fast als Vorzüge.

b) So kommt es, daß selbst diejenigen, die gegenüber den marktwirtschaftlichen Unzulänglichkeiten noch nicht blind geworden sind, diese Unzulänglichkeiten für unvermeidbar halten, weil ja auf keinen Fall zu Maßnahmen gegriffen werden darf, die etwas mit jenem übel berüchtigten „Kollektivismus“ zu tun haben. Entstehen nun Situationen, die mit marktkonformen Mitteln der Wirtschaftspolitik nicht zu meistern sind, so verbreitet sich ein Defaitismus, der es verhindert, daß rechtzeitig vom Staate eingegriffen wird.

c) Kommt es aber schließlich zu Staatseingriffen, so werden sie mit bösem Gewissen und ohne ausreichende Vorbereitung vorgenommen, was ihre Erfolge notwendigerweise in Frage stellt.

Diese ungenügende Vorbereitung direkter staatlicher Wirtschaftslenkung ist die unheilvollste Folge liberal-dogmatischer Voreingenommenheit. Solange man marktkonforme Mittel für ausreichend hält, versäumt man die Vorbereitung auf den Eventualfall, über sie hinausgehen zu müssen. Hat man sich schließlich zu diesen Eingriffen in der Wirtschaft durchgerungen, so werden die Mängel dieser staatlichen Lenkungswirtschaft nicht auf ein Minimum reduziert werden können, weil die rechtzeitige Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen fehlt und man diese Mängel für typische Begleiterscheinungen einer kollektivistischen Wirtschaftspolitik hält, die sich weder beseitigen noch vermindern lassen.

II. Wie kam es zu dieser Dogmatik?

1. Fragen wir uns nach den Ursachen, die zu dieser liberal-dogmatischen Erstarrung unserer Wirtschaftspolitik geführt haben, so ist die Antwort am

besten aus der Argumentation zu entnehmen, mit der die Befürworter dieser Wirtschaftspolitik ihren Standpunkt zu begründen pflegen. Diese Argumentation geht immer wieder von der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft und der ihr folgenden Periode des Zusammenbruchs aus und versucht, die damaligen Zustände als notwendige Formen und Folgen jeder Plan- oder Lenkungswirtschaft hinzustellen. Mit Plan- oder Lenkungswirtschaft bezeichnet man eine Wirtschaftspolitik, in der der Staat sich nicht-marktkonformer Mittel bedient, (d. h. in der er den Marktmechanismus durch Verbote oder Gebote außer Funktion setzt).

Bei diesem Beweisführungsversuch bezieht man sich häufig auf die hauptsächlich von Wilhelm Röpke vertretene „Unvereinbarkeitslehre“, nach der jeder nicht-marktkonforme Staatseingriff in die Wirtschaft zwangsläufigerweise zu einer totalen Befehlswirtschaft führen müsse. Diese „Lehre“ hält jedoch einer ernsthaften wissenschaftlichen Prüfung nicht stand¹⁾; denn, was nachgewiesen werden kann, sind keine Zwangsläufigkeiten, sondern Tendenzen, die nur begrenzt wirksam sind und keineswegs ausschließen, daß die wirtschaftspolitischen Zwangselemente, sobald es die Situation erlaubt, wieder abgebaut werden können. Daß diese Möglichkeit besteht, zeigt nicht nur unsere Wirtschaftspolitik seit der Währungsreform, dafür liefert die Geschichte der letzten fünfzig Jahre eine Fülle von Beispielen.

Allerdings scheint eine oberflächliche Betrachtung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik von 1933 bis 1945 jene liberal-dogmatischen Schlußfolgerungen zu bestätigen. In der Tat können wir für diesen Zeitraum eine stetige Zunahme der direkten Staatseingriffe feststellen. Eine genauere Analyse der Zusammenhänge zeigt aber sehr bald, daß die Verstärkung der Zwangselemente nicht eine Folge der mit der Vollbeschäftigung eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Methode ist, sondern von den Zielen herrührt, die damals von den politischen Instanzen mit der Aufrüstung und Kriegssituation der Wirtschaft gestellt wurden. Diese Zielsetzung brachte eine derartig umfangreiche Verschiebung des Bedarfs von der individuellen in die kollektive Sphäre mit sich, daß dazu die steuerpolitischen Mittel nicht ausreichten und bei Aufrechterhaltung einer am Gewinn orientierten Produktion und einer marktwirtschaftlichen Einkommensverteilung gar nichts anderes übrig blieb, als den individuellen Konsum durch staatlichen Befehl einzuschränken und die Produktion entsprechend zu lenken. Hinzu kam die außenwirtschaftliche Situation, die als Datum in die wirtschaftspolitische Rechnung einzubeziehen war und bei Aufrechterhaltung der Zielsetzung zwangswirtschaftliche Maßnahmen notwendig machte. So kann im Verlauf der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik von der Vollbeschäftigungspolitik über den Preisstopp zur Kriegswirtschaft allenfalls eine *politische* Zwangsläufigkeit gesehen werden, die sich aus der nationalsozialistischen Ideologie und der imperialistischen Außenpolitik ergab, keinesfalls aber eine Zwangsläufigkeit der wirtschaftspolitischen Mittel im Sinne der „Unvereinbarkeitslehre“. Hätte es keine oder eine wesentlich langsamere Aufrüstung gegeben, so wäre die Kreditschöpfung 1936 in Grenzen geblieben, die einen Preisstopp überflüssig gemacht hätten, wenn auch wegen der Schwierigkeiten, den Außenhandel auszudehnen, auf diesem Gebiet Bewirtschaftungsmaßnahmen unvermeidlich gewesen wären. Die Außenhandelsituation ist für den Wirtschaftspolitiker ein Datum, das hingenommen werden muß, sofern es nicht möglich ist, zu ausreichenden internationalen Abmachungen zu gelangen. Die handelspolitischen Maßnahmen sind daher nicht nur festgelegt durch die eigene wirtschaftspolitische Zielsetzung, sondern außerdem durch die Wirtschaftspolitik der Handelspartner.

1) Vgl. dazu Darstellung und Kritik dieser Lehre von Erich Arndt im gleichen Heft dieser Zeitschrift.

Die mit dem nationalsozialistischen Beispiel operierende Argumentation zeigt unverkennbar die Blickverengung des liberalen Dogmatikers, der auf die „Eigengesetzlichkeit“ wirtschaftspolitischer Maßnahmen starrt, sie bei weitem überschätzt und dabei übersieht, daß die gesetzten Ziele und die vorgefundenen Situationen die wirtschaftspolitischen Mittel bestimmen und sinnvollerweise auch bestimmen sollten.

2. Das zweite liberal-dogmatische Argument gegen die nicht-marktkonformen Mittel einer Lenkungswirtschaft geht noch radikaler vor. Es enthält die Behauptung, daß eine Lenkungswirtschaft letztlich überhaupt nicht mehr in der Lage sei, die Wirtschaft zu ordnen und die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen zu verwirklichen. Auch hier versucht man, der Beweisführung dadurch durchschlagendere Wirkung zu geben, daß man auf ein Beispiel aus der Praxis, nämlich auf die *Zusammenbruchswirtschaft* nach 1945, verweist. Enthält das erste Argument (die allmähliche Vertreibung der individuellen Freiheit aus der Wirtschaft durch nicht-marktkonforme Maßnahmen) als richtigen Kern wenigstens die Tatsache, daß zwangswirtschaftliche Maßnahmen in gewissem — wenn auch begrenztem — Maße Selbstverstärkungstendenzen zeigen, so ist das zweite Argument völlig unhaltbar; denn weder war die Zwangswirtschaft nach 1945 eine echte Lenkungswirtschaft, noch kann sie als Ergebnis oder zwangsläufiges Endstadium einer Lenkungswirtschaft angesehen werden. Daß diese Zwangswirtschaft nicht mehr Konsum und Produktion zu lenken vermochte, war eine Folge des verlorenen Krieges, der Besetzung durch die Alliierten, der zusammengebrochenen eigenen Staatsautorität und der völligen Zerrüttung der Währung.²⁾

Hinzu kommt, daß eine staatliche Lenkungswirtschaft um so dringender der Kontinuität bedarf, je mehr sie mit zwangswirtschaftlichen Methoden arbeitet. Sind Konsument und Produzent auf Zuteilungen angewiesen, so können sie nur so lange Disziplin halten und von Schwarzkäufen absehen, wie das Zuteilungssystem funktioniert. Bleiben die Zuteilungen aus — und das geschah 1945 im Augenblick des militärischen Zusammenbruchs — dann muß jeder sich selbst zu helfen suchen, sei es durch Schwarzkäufe, sei es durch Tauschgeschäfte. Ist man aber erst einmal auf diese Weise zur Selbsthilfe übergegangen, so gehört schon eine außergewöhnliche Staatsautorität dazu, um ein unterbrochenes Zuteilungssystem wieder zum Funktionieren zu bringen, ganz besonders nach einem Kriege, in dem die Disziplin und Opferbereitschaft der Menschen lange Jahre überfordert wurden.

Die Zusammenbruchswirtschaft 1945/48 beweist also nicht, was sie als liberal-dogmatisches Beispiel beweisen soll. Immerhin zeigt sie, daß das Funktionieren eines Bewirtschaftungssystems bestimmte Voraussetzungen hat: ausreichende Staatsautorität vor allem und Vertrauen der Konsumenten und Produzenten auf die Verlässlichkeit der Zuteilungen.

3. Obwohl die beiden liberal-dogmatischen Argumente einer genauen Prüfung nicht standhalten, ist es durchaus verständlich, daß sie in der Öffentlichkeit so bereitwillig Aufnahme fanden. Waren sie doch Ausdruck einer Anti-Staatspsychose, die als Reaktion gegen den totalen Staat des Nationalsozialismus und des Krieges nach 1945 bei uns um sich griff und von der sich selbst Sozialisten marxistischer Herkunft nicht ganz frei halten konnten. Die jahrelange Überforderung der Menschen, sich einem Gemeinwohl unterordnen zu sollen, das inzwischen mehr als anrücklich geworden war, tat ihre Wirkung. Die fragmen-

2) Zwar ist die Währungszerrüttung eine Folge der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik gewesen. Diese war jedoch, wie schon erwähnt, durch die kriegswirtschaftliche Zielsetzung bedingt, nicht etwa durch eine wirtschaftspolitische Eigengesetzlichkeit im Sinne der „Unvereinbarkeitslehre“.

tarische Karikatur eines Bewirtschaftungssystems, das nach dem Zusammenbruch in seinem sinnlosen Leerlauf ein fast surrealistisches Schauspiel bot und geradezu Hohn und Verächtlichmachung herausforderte, tat ein übriges. Wie kann es Wunder nehmen, daß auch das wirtschaftliche Heil allein in der individuellen Freiheit gesucht wurde und der Mythos von der Unternehmerinitiative von neuem entstand.

Es ist nicht zu erwarten, daß aus einer solchen Zeitstimmung heraus die Masse der Bevölkerung den Kopf klar behält und noch dem Staate gibt, was des Staates ist. Schon gar nicht kann man ihr zumuten, daß sie sich in dem Irrgarten ökonomischer und sozialer Wechselwirkungen zurechtfindet und den Scheinbeweis der beiden liberal-dogmatischen Argumente durchschaut. So wie die Proletarier des 19. Jahrhunderts aus ihren Erlebnissen heraus nur allzu bereit waren, ihre Ausbeutung und ihr Elend auf die Institution des Privateigentums zurückzuführen und dementsprechend in der Beseitigung des Privateigentums ihr Heil zu suchen, neigen die heutigen Konsumenten und Produzenten dazu, alles das, was sie an schwindender Freiheit und wachsender Unordnung erlebt haben, den direkten Staatseingriffen der Vergangenheit zuzuschreiben und in der Vermeidung solcher Eingriffe bereits die Lösung des Freiheits- und Ordnungsproblems zu sehen. Der neoliberalistische Dogmatismus wird zum Gegenstück des marxistischen. Ein Teil wird für das Ganze genommen, eine Oberflächenerscheinung wird zum Stein des Anstoßes, über dem die hintergründigen Bedingungen und Voraussetzungen in Vergessenheit geraten.

Wird die Redogmatisierung des Bildes, das weite Kreise sich heute von der Wirklichkeit machen, aus der Zeitstimmung verständlich, so bedarf ihre Dauerhaftigkeit noch einer weiteren Erklärung. Wir wären von unserer Anti-Staatspsychose wahrscheinlich sehr rasch geheilt worden, hätte die Umkehr zur freien Marktwirtschaft nicht einige *Scheinerfolge* gehabt, welche die Behauptungen des neoliberalen Dogmas zu bestätigen schienen. Außerdem hatten jene Kreise, die durch die Wirtschaftspolitik nach der Währungsreform begünstigt wurden, allen Grund, ihre wachsende wirtschaftliche Macht auch politisch einzusetzen und das Bild von der „idealen Marktwirtschaft“ zu propagieren, wo und wie es nur immer ging. Mit anderen Worten: die Redogmatisierung, die in einer allgemeinen Psychose ihren Ursprung hatte, festigte sich dadurch, daß sie zur Ideologie einer allerdings zahlenmäßig bedeutenden ³⁾, politisch einflußreichen Minderheit wurde.

III. Leistungen und Fehlleistungen unserer Wirtschaftspolitik

1. Um ein mögliches Mißverständnis von vornherein zu vermeiden, sei schon hier ausdrücklich betont: was wir dem seit der Währungsreform eingeschlagenen politischen Kurs vorwerfen, ist nicht die Rückkehr zur freien Marktwirtschaft, sondern die dogmatische Begründung, unter der sie erfolgte, und das Verharren in einer Laissez-faire-Haltung, die noch über das hinausging, was dem neoliberalen Dogma entsprochen hätte. Auch wenn eine politische Führung sich selbst von der individualistischen Zeitstimmung hätte frei halten können, wäre ihr gar nichts anderes übriggeblieben als auf diese Rücksicht zu nehmen, zumal auch die übrigen Voraussetzungen einer erfolgreichen staatlichen Wirtschaftslenkung fast völlig fehlten. ⁴⁾

3) Sie umfaßte nicht nur die. Unternehmerschicht im engeren Sinne, sondern auch den Kleinhandel und, wenn auch nur vorübergehend, die Landwirtschaft.

4) Vgl. zu diesen und anderen Ausführungen dieses Aufsatzes die Beiträge von Nimptsch und Agartz in „Vollbeschäftigung. Ergebnisse einer Arbeitstagung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Oberhausen, vom 16. bis 19. März 1950.“ Köln 1950.

Es fehlte vor allem eine ausreichende Kenntnis der wirtschaftlichen Daten. Es fehlten ausreichende Machtbefugnisse einer zentralen Instanz, da die Besatzungsmächte auch in die Wirtschaft immer wieder hineinregierten und sich die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern erst einspielen mußte. Und es fehlte schließlich ein sachlich ausreichend qualifizierter Beamtenapparat, da während der letzten Kriegsjahre und in der Zeit des Zusammenbruchs und der staatlichen Neuordnung im behördlichen Sektor eine weitgehend negative Auslese stattgefunden hatte. Hier wirkte sich die Zeitstimmung hemmend aus. Mit dem Staat hatte auch das Beamtentum an Ansehen eingebüßt, überdies erschien die Beamtenlaufbahn gerade den tüchtigen Kräften wenig reizvoll, da ihre Vorzüge (Sicherheit der Versorgung) fragwürdig geworden waren und wirkliche Leistung in der freien Wirtschaft viel besser bezahlt wurde. Das galt ganz besonders für die höhere Beamtenschaft.

So kann die damalige Entscheidung, die Wirtschaftslenkung weitgehend den Marktmechanismen zu überlassen, durchaus als situationsgerecht angesehen werden. Zwar mußte sich jeder Kenner der Verhältnisse darüber klar sein, daß auch die Voraussetzungen für eine zufriedenstellende, marktmechanische Lenkung unzureichend waren. Doch mußte dies wohl als das kleinere Übel erscheinen.

2. Zu den besonderen situationsbedingten Gegebenheiten ⁵⁾ die gegen eine solche Lenkung sprachen, gehörten in erster Linie folgende: Da waren zunächst die strukturellen Verwerfungen der westdeutschen Wirtschaft als Folgen der Kriegsschäden, der Demontagen, des völlig veränderten Bedarfs und der Zerreißung des deutschen Wirtschaftsgebietes. Sie mußten, verstärkt durch den Flüchtlingszustrom, eine strukturelle Arbeitslosigkeit und Engpässe in der Produktionssphäre im Gefolge haben, deren zureichend rasche Überwindung kaum von einer marktmechanischen Lenkung erwartet werden konnte. Da war weiterhin der ungeheure Nachholbedarf der deutschen Bevölkerung, der neben anderen Gründen einen starken Hang zum Verbrauch und eine geringe Sparneigung erwarten ließ. Daraus mußten sich Preissteigerungen und als Folge davon Knappheitsgewinne in Produktion und Handel ergeben, die eine einseitige einkommensmäßige Begünstigung der selbständigen Erwerbstätigen auf Kosten der Lohn-, Gehalts- und Renteneempfänger mit sich brachten. Ein marktmechanischer Ausgleich war, wenn überhaupt, nur sehr langfristig zu erwarten, da einer ausreichenden Produktionsausweitung durch die dafür erforderliche Kapitalbildung, durch die fragliche Rohstoffzufuhr und durch die Beschränkungen der Besatzungsmächte enge Grenzen gesetzt zu sein schienen. Da war weiterhin die schwer zu beantwortende Frage, ob der Außenhandel eine ausreichende Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen sicherstellen würde, ohne die die Güterverteilung niemals dem Preismechanismus hätte überlassen bleiben können, oder ob sich hier ein unüberwindlicher Engpaß bilden würde. Und da war schließlich das uns von den Besatzungsmächten diktierte Steuersystem, das trotz oder gerade wegen der stark progressiven Einkommensteuer die Einkommensunterschiede verstärkte, manche betrieblichen Einsparungen verhinderte, die Selbstfinanzierung begünstigte und die Steuermoral aushöhlte.

Es ist vom heutigen Zeitpunkt aus sehr einfach, diese Voraussetzungen klar herauszustellen und auch in quantitativer Hinsicht einigermaßen richtig zu bewerten. Sie wurden jedoch schon damals zum großen Teil erkannt, wenn sie auch quantitativ kaum richtig einzuschätzen waren. Sie führten zu erheblichen Be-

5) Von den allgemeinen, auch unter sogenannten normalen Verhältnissen in einer modernen, arbeitsteiligen Wirtschaft fehlenden Voraussetzungen für das Funktionieren einer marktmechanischen Lenkung sehen wir hier zunächst ab.

denken gegen die Wiedereinführung einer überwiegend marktmechanischen Wirtschaftslenkung, Bedenken, die von den Befürwortern der neuen Wirtschaftspolitik bagatellisiert wurden. Ob diese Bagatellisierung geschah, weil man die Bedenken nicht teilte oder weil man den eingeschlagenen Weg für unvermeidlich hielt, ist im einzelnen schwer zu beurteilen. Im ganzen genommen läßt die dogmatische Art, in der man den neuen wirtschaftspolitischen Kurs zu begründen suchte, vermuten, daß man für Tatbestände, die sich mit der eigenen wirtschaftspolitischen Konzeption nicht vertrugen, weitgehend blind war.

3. Nun muß heute unumwunden zugegeben werden, daß der produktionspolitische Erfolg unserer Wirtschaftspolitik, wenn man sich ausschließlich an die Produktionsziffern hält, größer ist als selbst der dogmatischste Verfechter der freien Marktwirtschaft erwartet hat. Es fragt sich nur, ob dieser Erfolg ausschließlich oder auch nur in erster Linie auf unsere Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist. Es kann wohl keiner leugnen, daß dieser Erfolg ohne die Auslandshilfe, vor allem die Zuwendungen aus dem Marshallplan, nicht möglich gewesen wäre. Es kann auch nicht bestritten werden, daß das Hochschnellen der Produktionsziffern nach der Währungsreform in erster Linie auf die Währungsreform und nicht auf die Laissez-faire-Politik der Regierung zurückzuführen war. Wie weit die aus dieser Politik sich ergebenden hohen Gewinnquoten und die dadurch geförderte Selbstfinanzierung die Produktionsentwicklung beeinflußt hat, bzw. wie die Produktionsentwicklung ausgesehen hätte, wenn die Gewinne durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik eingeschränkt und auch hinsichtlich der Kapitalbildung andere Wege gegangen worden wären, ist kaum eindeutig abzuschätzen. Die Frage: „Was wäre geschehen, wenn?“ ist auch wohl eine müßige Frage, sofern man auf dem Standpunkt steht, daß eine aktive staatliche Wirtschaftslenkung in Deutschland erst allmählich wieder hätte entwickelt werden können.⁶⁾

6) Der zweite Teil des Aufsatzes folgt im nächsten Heft.

„Planung und Lenkung der Wirtschaft wird auf lange Zeit hinaus in erheblichem Umfange notwendig sein; es ist aber ein Unterschied, ob die Planung und Lenkung im Hinblick auf die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Lage erfolgt und von Fall zu Fall als notwendig betrachtet wird, oder ob die Planung und Lenkung der Wirtschaft als Selbstzweck angesehen wird. Planung und Lenkung wird auch in normalen Zeiten der Wirtschaft in gewissem Umfange notwendig sein, was sich aus unserer Auffassung ergibt, daß die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat.“

Aus dem Ahlener Programm der CDU (Februar 1947)